

Liebe Marburgerinnen, liebe Marburger, liebe Friedensfreundinnen und Freunden (L)

Karl Marx meinte einmal, in der Geschichte würde sich alles zwei mal ereignen, das erste mal als Tragödie, das zweite mal als Farce. Gerade bestätigt sich dieser Satz.

Denn genau wie damals unter Schröder ist es eine Rot-Grüne Regierung, die in bisher unbekanntem Ausmaß die Bundeswehr aufrüstet und Jahrzehnte lang geltende Tabus und Haltelinien sowohl in der Militaristischen Rhetorik als auch in der realen Kriegspolitik quasi über Nacht einreißen lässt. Genau wie damals in Jugoslawien wird behauptet, sie täte das alles aus rein humanitären Gründen und in pazifistischer Mission.

Und genau wie damals wird der Kriegstaukel der herrschenden Klasse genutzt, um fast von einem Tag auf den anderen soziale Errungenschaften abzuschaffen und die Lebensbedingungen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung radikal zu verschlechtern, mit desaströsen Konsequenzen aber fast ohne Widerspruch.

Die Bundeswehr wird mit 100 Milliarden auferüstet – im Interesse der Ukrainer
Deutsche Konzerne, die durch die Sanktionspolitik gegen Russland wirtschaftliche Schäden erleiden werden mit 100 Milliarden „unterstützt“ – im Interesse der Ukrainer
Deutsche Kampfdrohnen bekommen scharfe Munition und deutsche Kampfjets
Atombombenkapazitäten – im Interesse der Ukraine
Wenn es nach Scholz und Baerbock geht, marschieren Deutsche Soldaten vermutlich bald zum dritten mal Richtung Moskau – natürlich im Interesse der Menschen in der Ukraine

Medien (A)

Dies alles wird durch eine intensive parteiische Auseinandersetzung der Medien ermöglicht. Die Berichte im Fernsehen und Zeitungen entfernen sich immer weiter von der Sachlichkeit. Sie unterscheiden sich von den Berichten von anderen Kriegen und Konflikten, in denen die deutschen JournalistInnen versuchten, um jeden Preis eine klare Parteinahme zu vermeiden. Aber jetzt zeigen sie uns ständig Bilder von Trümmern, Tod, Leichen, Bombardierungen und weinenden Müttern, und dazu Debatten in denen über die Dringlichkeit von massiven Waffenlieferungen oder einer noch heftigeren Einmischung der Bundesregierung im Konflikt diskutiert wird. Somit nutzen die Medien das Leid der ukrainischen Bevölkerung aus, um uns eine militaristische Agenda aufzudrängen. Aber diese tendenziöse Gestaltung der sogenannten öffentlichen Meinung führt nur zur Militarisierung der Gesellschaft, zu zunehmender Zustimmung zur Rüstungsindustrie und der Bundeswehr und im Endeffekt zur Mobilisierung der Bevölkerung in Richtung einer Eskalation des Konfliktes.

100 Milliarden (L)

So werden Maßnahmen wie das Sondervermögen für das Militär in Höhe von 100 Milliarden Euro gerechtfertigt. Diese 100 Milliarden für die Bundeswehr bedeuten: 100 Milliarden für Rheinmetall, Thyssen-Krupp und Hendson, um die Produktion von Panzern, Gewehren und Kampfjets hochzufahren. Für diese Rüstungsunternehmen ist das ein riesiges Konjunkturprogramm, das ihnen gerade recht kommt, um die aktuelle Krise abzufedern. Aber um langfristig Profit mit den neuen Mordmaschinen machen zu können, dürfen sie auch nicht ungenutzt bleiben. Gibt es Frieden, dann bricht die Nachfrage nach Kriegsgerät natürlich zusammen. Die Rüstungsindustrie hat also ein ganz rationales Interesse daran, Kriege am Leben zu erhalten und weiter zu befeuern. Und je stärker sie ihre Produktionskapazitäten ausbaut, also je mehr Kapital sie investiert, desto mehr Waffen müssen auch exportiert und verkauft werden, um Profit zu machen. Deswegen braucht die Rüstungsindustrie auch immer neue und immer heißere Kriege.

NATO (A)

Dafür verantwortlich, der Rüstungsindustrie eben diese Absatzmärkte; sprich: Kriege, zu liefern, war und ist hauptsächlich die NATO. Es ist klar, dass dieser Krieg zu einer unverschämten Verharmlosung der NATO und der wirtschaftlichen und politischen Interessen ihrer Angehörigen geführt hat. Die NATO schafft aber keinen Frieden, und Frieden ist auch nie unter ihren Interessen gewesen. Die USA und die NATO haben in der Vergangenheit mehrere Kriege wie diesen angefangen, die Souveränität vieler Länder durch Interventionen in Frage gestellt und mehrere menschenverachtende Regimes in aller Welt unterstützt, wenn sie den Interessen des westlichen Kapitals gedient haben. So lässt sich schwierig begreifen, dass so viele Menschen in Deutschland, sei es aus Naivität oder aus bestimmten ideologischen Prägungen, diese Organisation für ein Friedensbündnis halten. Wir, als Jugendlichen, müssen uns gegen die NATO positionieren und ihre Aktionen denunzieren. Nur so kann es in der Zukunft möglich werden, durch friedliche Mittel und nicht durch Drohung und Abschreckung zu verhandeln.

Sanktionen (L)

Oft werden von linker Seite zwar Waffenlieferungen und direkte militärische Eskalation abgelehnt, das Mittel der ökonomischen Sanktionen aber wird als eine vermeidlich diplomatische und friedliche Alternative betrachtet und sogar befürwortet. Doch das ist falsch. Sanktionen sind keine Alternative zur Kriegsführung, Sanktionen sind ein Mittel der Kriegsführung auf ökonomischem Gebiet.

Sie zerstören nachhaltig Lieferketten und ökonomische Beziehungen, die normalerweise den Garanten für einen lang anhaltenden Frieden darstellen. Wenn zwei Länder nicht handeln, dann haben sie durch verschlechterte Beziehungen nichts mehr zu verlieren.

Schlimmer noch, dann sind sie gezwungen, sich nach anderen Handelspartnern umzusehen und verfeindete geopolitische Blöcke zu bilden.

Sie treffen direkt die Zivilbevölkerung, für die es am Ende des Tages egal ist, ob eine Fabrik bombardiert und ein Feld mit Nahrungsmittel verbrannt wird oder ob wichtige Wirtschaftsgüter nicht mehr geliefert werden und deswegen sowohl Güter nicht mehr produziert als auch Löhne nicht mehr gezahlt werden können.

Sie sind darauf ausgerichtet, durch Hunger und Leid eben dieser Zivilbevölkerung das Land zu destabilisieren, Unzufriedenheit zu sähen und auf einen Regime Change hinzuwirken.

Die Politik der Sanktionen will also nicht auf Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Staaten hinaus, sondern spricht dem gegnerischen Staat direkt seine Legitimation und Souveränität ab, der Gegner wird zum „Regime“ degradiert, und mit Regimes kann nicht verhandelt werden, Regimes müssen gestürzt werden.

Schluss (A)

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde

Es ist unsere Pflicht, uns dieser aggressiven, militaristischen Politik unserer Regierung entgegenzustellen. Wir dürfen uns nicht auf einen Eskalationskurs einlassen, wir dürfen nicht den Schulterchluss mit den Herrschenden suchen und wir dürfen uns vor allem nicht darauf einlassen, eine Verurteilung des russischen Imperialismus als vorgeschobenen Grund für eine Militarisierung unserer Gesellschaft gelten zu lassen. Denn genau das ist es: ein vorgeschobener Grund, der uns vergessen lassen soll, was schon Karl Liebknecht wusste und was die Losung einer deutschen Friedensbewegung sein muss: Dass der Hauptfeind eben im eigenen Land steht, dass wir nicht die Aufgabe haben, anderen Völkern und Staaten Politiknachhilfe zu erteilen, sondern wir unseren eigenen Bellizisten, Rüstungskonzernen und Aufrüstungspolitikern einen Strich durch die Rechnung zu machen haben!

Nein zu 100 Milliarden!

Nein zu Waffenlieferungen!

Nein zur Eskalationspolitik!